

*Karner* in einem instruktiven Überblick über die wirtschaftliche Entwicklung der Chruščev- und Brežnevjahre zeigt, eine gewisse Entlastung. Dass diese jedoch nicht zu weiteren Reformen und Vorausinvestitionen genutzt wurde, war die wesentliche Ursache für den späteren Zusammenbruch.

Nicht alle Beiträge des Bandes können überzeugen. So liefert *Mark Kramer* keinen Nachweis für seine Behauptung, die Ostpolitik Brandts und Bahrs sei nach der Niederschlagung des Prager Frühlings „umgestaltet“ worden, um den Spielregeln der Sowjetunion in Osteuropa „zu gehorchen, nicht um sie zu ändern“ (S. 243). Und *Manfred Kittel* bezeichnet es allzu kategorisch als „historischen Fehler“, dass im Prager Vertrag mit der Tschechoslowakei das Münchener Abkommen thematisiert wurde, nicht aber die Beneš-Dekrete und die damit verbundene Vertreibung der Sudetendeutschen (S. 496). Insgesamt überwiegen aber die abgewogenen und differenzierenden Urteile. Der Band trägt damit unzweifelhaft zu einem besseren Verständnis eines der zentralen Umbrüche in der Geschichte des Kalten Krieges bei.

---

*Martin Deuerlein*, Das Zeitalter der Interdependenz. Globales Denken und internationale Politik in den langen 1970er Jahren. (Moderne Zeit. Neue Forschungen zur Gesellschafts- und Kulturgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Bd. 31.) Göttingen, Wallstein 2020. 500 S., 8 Abb., € 46,-.

// DOI 10.1515/hzhz-2021-1291

---

David Kuchenbuch, Gießen

Martin Deuerlein legt mit seiner Tübinger Dissertation zur „Interdependenz“-Diagnose in Wissenschaft und Politik der USA und der Sowjetunion einen gewichtigen Beitrag zur Geschichte moderner Globalitätsvorstellungen vor. Er blickt zunächst ins 19. Jahrhundert zurück, als sich eine evolutionäre Auffassung globaler Verflechtung herausbildete: vom Dorf zur Nation zum Weltstaat. Anglophone Forscher der entstehenden *International Relations* interessierten sich in den 1920er Jahren indes eher für die Multidimensionalität des Aufeinanderangewiesenseins der Völker der Erde. Das machte sich im Globalismus des Zweiten Weltkriegs bemerkbar, der Weltordnungsentwürfe hervorbrachte, die ab 1945 jedoch nur unvollständig Gestalt annahmen: Der Kalte Krieg förderte in den USA ein von behavioristischen Kalkülen geprägtes Denken in nationalen Einflussphären auf einem unterteilten Globus; zugleich betrieb die Schule des Realismus die *damnatio memoriae* der „idealistischen“

älteren Forschung. Parallel war auch in der Sowjetunion der kosmopolitische Internationalismus desavouiert.

Ab ca. 1968 entfalteten jedoch die Entwicklungen der Weltwirtschaft eine desorientierende Wirkung. Gerieten zunächst die multinationalen Unternehmen in den Blick, wurde „Interdependenz“ im Kontext ökonomischer Krisen auch in breiterer gesellschaftlicher Wahrnehmung zum Problem, das das Interesse an translokalen Verflechtungen zwischen einer größeren Zahl von Akteuren wiedererwachen ließ, zumal nun auch die Umweltbewegung, die weltweiten Protestbewegungen und die Futurologie zum globalen Denken drängten. Phänomene wie ausländische Direktinvestitionen und das länderübergreifende Agieren der Manager versuchten Theoretiker wie C. Kindleberger oder J. Nye und R. Keohane mit Konzepten wie dem „Transnationalen“ oder den „linkages“ begreiflich zu machen. Die Loslösung vom staatszentrierten Realismus beschleunigte sich, als sich mit der Ölpreiskrise 1973/74 und den Forderungen der Länder des „globalen Südens“ nach einer neuen Wirtschaftsordnung auch realpolitisch eine multipolare Welt ankündigte. Selbst Henry Kissinger nutzte den ubiquitären Interdependenzbegriff beim Versuch, die Akteure des „Südens“ gegeneinander auszuspielen.

In der Sowjetunion konnten Analysen globaler Verflechtungen nicht offen betrieben werden, da sie Veränderungen nicht aus Klassenkonflikten heraus erklärten. Dennoch stellten Wissenschaftler mithilfe der Theorie der „wissenschaftlich-technischen Revolution“ ähnliche Überlegungen an. blieb die „Globalistik“ der UdSSR auf wenige Forscher beschränkt, so stimulierte die Interdependenzdiagnose im Westen *Think Tanks* wie die Trilaterale Kommission, deren Vorschläge für das globale „Management“ sich in der Außenpolitik Jimmy Carters niederschlugen, etwa in der Analyse regionaler Konflikte und der Menschenrechtspolitik. Letztere kam angesichts der geringen Kooperationsbereitschaft der UdSSR jedoch bald als Hebel gegen diese zum Einsatz, womit man dem Eindruck einer „Crisis of Confidence“ entgegenzuwirken hoffte. Carters Administration scheiterte an „genau dem Aspekt der neuen Situation, den sie ernster hatte nehmen wollen: an ihrer Komplexität und Interdependenz“ (S. 302). Dass sich trotz des Konfrontationskurses Reagans das Verhältnis zur UdSSR Ende der 1980er Jahre wieder verbesserte, hing damit zusammen, dass bei Michael Gorbatschow manche Idee wechselseitiger globaler Abhängigkeiten verfangen hatte.

Westliche Interdependenzforscher versuchten indes, der Realismusrenaissance durch Quantifizierungsbemühungen zu begegnen, die nur den neoliberalen Ökono-

men zuspielten, die nun zu den Leitwissenschaftlern einer „Globalisierung“ aufstiegen, die sie als Metaprozess von eigener Handlungsmacht darstellten. In den 1990er Jahren begann so eine zweite Phase des Vergessens: nämlich jener Ideen der *Steuerung* von Interdependenz, die die Studie ins Licht rückt. Dennoch bildete nicht das Aufkommen der Globalisierungstheorie die zentrale „Deutungsschwelle“, sondern die zwanzig Jahre zuvor erfolgte Loslösung von „hochmodernen“ Globalitätskonzepten, die sich auf die Interaktion von Nationalstaaten beschränkten. Auf Basis einer intensiven Auseinandersetzung mit der zeitgenössischen Fachliteratur und archivalischen Quellen konturiert der Verfasser die langen 1970er Jahre also auf neue Weise als Umbruchsphase. Weder die Geschichte der US-Außenpolitik nach 1945 noch die historiografische Reflexion über das globale Denken wird an diesem flüssig geschriebenen Buch künftig vorbeikommen.